

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

31. Woche für die Zeit vom 27. Juli bis 3. August 1900.

Posen, den 6. August 1900.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 168 des Kuryer Poznański
vom 26. Juli 1900:

Zu dem Erlaß des Herrn Kultusministers in Sachen des polnischen Religions- und Sprachunterrichts

meint der Kurier:

„Wir bedauern diesen Schritt des Herrn Kultusministers sehr, der darauf gerichtet ist, die polnische Sprache aus der Schule zu verdrängen; wir bedauern ihn um so mehr, als damit die Grundlage des Religionsunterrichts unserer Jugend bedroht worden ist, welcher letztere nur in der Muttersprache von den Wahrheiten des hl. Glaubens durchdrungen und in den Grundsätzen der Moral gefestigt werden kann. Wie die Saat so die Ernte! Und Ihr Eltern werdet jetzt die ganze Verantwortung begreifen, die bei der Erziehung der Euch von Gott anvertrauten Kinder auf Euch lastet. Hütet sie wie das Auge im Kopfe; hütet die Reinheit und Unbeflecktheit ihrer Herzen; achtet sorglich darauf, daß ihnen der Glaube der Väter erhalten werde. Das Elternhaus möge der Fels sein, an welchem alle gegen uns gerichteten Angriffe zu Schanden werden, es sei die Arche, die unsern Glauben und unsere Sprache vor der Vernichtung schützt. Vertrauen wir auf Gott, er wird uns nicht verlassen!“

Der Dziennik Poznański schreibt in derselben Sache in Nr. 169 vom 27. Juli:

Ein neues Unrecht!

So ist also die Sprache der Mickiewicz, Slowacki, Sienkiewicz aufs Neue aus den von polnischen Kindern besuchten Schulen geächtet worden, und unsere gesamte Nation brach in Thränen unermesslichen Schmerzes und großer Entrüstung aus über dies offene Attentat auf eine der größten Kultursprachen. Die Freiheit hat man uns genommen, das Land geviertheilt, seine Söhne auf ihrem eigenen Boden in Parias umgewandelt, und jetzt nach 100 Jahren schwerer Marter hat man an den letzten und theuersten moralischen Schatz der Nation Hand angelegt, man machte sich über unsere schöne Muttersprache her, daß sie auf ewig verstumme und aufhöre ein lebendiger Zeuge dafür zu sein, daß dies lechitischer Boden ist, daß auf ihm unsere weißen Adler emporstiegen und daß auf ihm die

polnische Nation eine tausendjährige Geschichte voll Ehre und Ruhm eingezeichnet hat.

Dieser antikulturnelle Kampf gegen unsere Sprache tobt in Preußen schon seit Langem, doch heut hat er die schärfste Form angenommen. Man hat die Sprache fast vollständig aus der Schule hinausgeworfen. Mit Beginn des Unterrichts nach den Ferien wird sie überhaupt aufhören, als Unterrichtsgegenstand in der Schule zu existiren, und sogar die Religion, dieser für Herz und Geist diskreteste Unterrichtsgegenstand soll mit Ausnahme der Unterstufe ein Mittel zur Entnationalisirung des polnischen Kindes werden.

Kann es ein größeres Unrecht, eine gräßlichere, an Leib und Geist ausgeführte Vivisektion eines lebenden Volkes geben?

Preußen hat, nachdem es in seinem Schulwesen den einzig gefunden pädagogischen Grundsatz anerkannt hat, daß nur die Muttersprache die Grundlage und das Mittel für jeden weiteren Unterricht sein kann, diesen Grundsatz der polnischen Jugend gegenüber verworfen, und es läßt diese Jugend sogar die Religion in einer für sie fremden Sprache lernen. So hat der Kultusminister dekretirt — und „stat pro ratione voluntas!“

Und welches werden die Früchte dieses Systems sein? Wer Wind sät, wird Sturm ernten! Kann man dem Sozialismus die Arbeit mehr erleichtern, als durch solche Verfügungen? Haben die entscheidenden Faktoren ihren letzten Schritt wohl erwogen? Nach der natürlichen Ordnung der Dinge kann eine in ihren polnischen und religiösen Empfindungen erkaltete Jugend (denn ein Religionsunterricht, der in einer fremden Sprache erteilt wird, wird direkt zur Farce) sehr leicht in die trügerischen Netze falscher Lehren von Menschenglück gerathen, und die Kriminalstatistik wird der Regierung in Zukunft eine solche Anerkennungshymne singen, daß dieser selbst bange werden wird, wenn sie solche Früchte ihres, die Muttersprache der polnischen Kinder aus der Schule ausrottenden Systems sieht.

Ein ähnliches Attentat auf die polnische Sprache wurde schon einmal und zwar im Jahre 1883 in Preußen ausgeführt. Der Urheber desselben war der verstorbene Posener Oberbürgermeister Kohleis traurigen Andenkens, ein großer Freund des konfessionellen Simultanismus. Damals wurde auch die polnische Sprache als Unterrichtssprache im Religionsunterricht in den Posener Schulen beseitigt.

Dieser Zustand dauerte 5 Wochen. In unserer Volksgefamtheit flammte eine ungeheure Entrüstung auf; doch die Posener Regierung wollte die Verfügung ungeachtet einer von Berlin aus ergangenen Anordnung nicht aufheben.

Erst Kaiser Wilhelm I., der den Grundsatz verfolgte, daß dem Volke die Religion erhalten werden müsse und der an diesem Grundsatz auch in der Praxis festhielt, ordnete telegraphisch die sofortige Aufhebung des Uebergrißs an, und als Opfer des Widerstandes der Regierung fiel ihr damaliger Dezernent in Schulsachen, der Oberregierungs-rath Seligo, der aus Posen fortversetzt wurde.

Heut nach 17 Jahren, im Jahre des Herrn 1900 wurde dies Attentat wiederholt, zunächst auf die polnische Sprache in den Posener Schulen, und die hiesigen Regierungsblätter, die Pos. Ztg. und das Pos. Tageblatt, kündeten an, daß diese Schulreform dem ganzen Großherzogthum werde befohlen werden. Wem verdanken wir diese traurige Reform? Gifrig hat daran der frühere Präsident der Posener Regierung, Herr v. Jagow, gearbeitet.

Auf seine Initiative fand eine geheime, von dem Schulrath Schwalbe traurigen Andenkens einberufene Versammlung von deutsch-katholischen Lehrern statt, in welcher jene „Pädagogen“ ihr Urtheil dahin abgaben, daß der Religionsunterricht in deutscher Sprache erteilt werden könne, um damit auch die Beseitigung des Brockens polnischen Schreib- und Lesunterrichts, welcher auf Grund des Boffe'schen Erlasses vom Jahre 1894 der Mittelstufe der Elementarschulen gewährt worden ist, zu ermöglichen.

Der Hakatismus arbeitete mit voller Dampfkraft, um die Pläne des Herrn v. Jagow zu unterstützen. Dieser trat zurück, doch sein Geist hörte nicht auf, in der Posener Regierung thätig zu sein. Man versetzte den Dezernenten in Schulangelegenheiten, Oberregierungs-rath v. Gizycki fort, und an seine Stelle trat der frühere Strelno'er Landrath Hassenzpflug. Wie man uns aus glaubwürdiger Quelle berichtet, hat dieser Herr, dem man in seinem Amtsbereich „carte blanche“ gegeben, vor 5 Wochen eine 32 Seiten starke Denkschrift in Sachen des polnischen Religions- und Sprachunterrichts direkt an den Minister abgefaßt. Diese Denkschrift empfahl, den polnischen Religionsunterricht nur auf der Unterstufe zu belassen und ihn nach Möglichkeit lauter deutschen, des Polnischen mächtigen Lehrern zu übertragen, da selbst die loyalsten polnischen Lehrer von den — Pfarrern sich allzuleicht beeinflussen ließen. Selbst in die Seminare empfehle es sich nicht, polnische Kandidaten aufzunehmen.

Diese Denkschrift sowie der vom Minister Studt in Posen abgestattete Besuch und seine Konferenz mit Beamten der Posener und Bromberger Regierung thaten das Ihre. Für Posen speziell ist der erwähnte Erlass des Kultusministers die erste sichtbare Folgeerscheinung der Eingemeindung der Vororte, in denen schon früher der polnische Religionsunterricht in den höheren Klassen der Volksschulen rechtswidrig aufgehoben worden war. Damit also Gleichheit in den Schulen „Großposens“ herrsche, wurde der polnische Religionsunterricht auf der Ober- und Mittelstufe für die Schulen der ganzen Stadt aufgehoben und damit auch der polnische Schreib- und Lesunterricht, der vom Minister Boffe für diejenigen Schulen eingeführt worden war, in denen der Religionsunterricht in polnischer Sprache erteilt wurde.

Das ist die Genesis des traurigen Studt'schen Erlasses, der nach der Ankündigung der Pos. Ztg. und des Pos. Tageblatts auf das ganze Großherzogthum ausgedehnt werden soll. Also offene und deutliche, fast völlige Achtung unserer Sprache aus unseren Schulen! Ihre schönen Laute sollen in den Schulräumen nicht mehr erklingen und unseren Kindern das Verständniß nicht mehr erleichtern! Für sie werden die acht Schuljahre sich zu acht Jahren der gewöhnlichsten Dressur gestalten.

Sollen wir verzweifeln, uns Zweifeln hingeben? Nie! Niemals!

Jetzt muß das polnische Haus in seine Rechte treten; seine vier Wände müssen die Burg werden, an welcher alle Attentate des Gegners zerschellen. In ihr darf jeder Ehegatte die Kinder die Muttersprache und die Geschichte des Vaterlandes lehren. Wenn jedes polnische Haus seine Schuldigkeit thut, die angesichts des neuesten Attentats auf unsere Nationalität gradezu zur heiligen Pflicht wird, dann wird unsere Sprache nicht aufhören, auf unseren Feldern und Fluren, in der Hütte des Arbeiters und im Hause des Handwerkers zu erklingen und alle regierungsseitig erlassenen Verbote und Verfügungen werden sich als machtlos erweisen. Aus diesem beispielelosen Kampfe des Starken mit dem Schwachen um die heiligsten Rechte des Letzteren müssen wir nach schweren Augenblicken moralischer Qualen siegreich hervorgehen, denn unsere Sache ist gerecht und heilig. Gott wird uns nicht verlassen, wenn wir uns nur nicht selbst verlassen.

Der Oredownik schreibt in Nr. 169 vom 27. Juli: In jedem Falle liegt in jener Verfügung die Tendenz, den polnischen Unterricht auch auf der Unterstufe zu kassiren. Aufrichtig gesagt, wir wundern uns, weshalb der Herr Kultusminister diesen Brocken noch belassen sollte; mit einem Federstrich konnte er alles kassiren, und er brauchte sich nicht noch einmal zu bemühen. Er hat doch nicht etwa auf die Empfindlichkeit der Polen Rücksicht genommen? In den Kreisen des polnischen Volkes, welche unser Blatt repräsentirt, wird sich niemand verletzt fühlen; denn alle wissen sehr wohl, wonach das System strebt, und von der preussischen Regierung erhofft man absolut nichts. Man ist auch davon fest überzeugt, daß sich das polnische Volk ohne die Gunst der preussischen Regierung behelfen wird. — Der politische Horizont des Kurjer Poznanski ist in diesem Falle so eng geworden, daß er außer den Eltern und dem Elternhause nichts sieht. Und wo ist der Erzbischof? Wo sind die Geistlichen? Wo die Kirche? Legt das in den Schulen befolgte preussische System unserer kirchlichen Behörde, unserer Geistlichkeit, unserer Kirche keine Pflichten auf, so daß der Kurjer nur der Eltern und des Elternhauses Erwähnung thut?

Ferner schreibt der Oredownik in Nr. 170 vom 28. Juli: Wenn es der Volksgesamtheit in ihrem preussischen Unterthanencharakter schwer fällt, bei der preussischen Regierung polnischen Religionsunterricht für die Schulen zu erzwingen, so stehen unserer geistlichen Behörde hierfür besondere Rechte zu Diensten, die sich aus deren Mission ergeben. Die geistliche Behörde steht in diesem Falle der preussischen Behörde nicht im Charakter des Unterthans, sondern völlig unabhängig gegenüber. Heilige Pflicht unserer geistlichen Behörde, Pflicht des Erzbischofs ist es, darüber zu wachen, daß den polnischen Kindern in den öffentlichen Schulen der Katechismus polnisch gelehrt werde, daß man die Religion überhaupt in der Muttersprache lehre. Die katholische Kirche wahrt überall diesen Standpunkt, und bei uns in den polnischen Landestheilen reklamiert die preussische Regierung diesen Grundsatz der Kirche auch für sich, so oft dies ihr preussisches

Interesse erheischt. Allgemein ist bekannt, wie deutsch-katholische höhere und niedere Beamte bei unserer geistlichen Behörde petitioniren, daß diese für sie in unseren Kirchen Predigten in ihrer deutschen Muttersprache einführe. Und unsere geistliche Behörde macht ihnen fast stets Zugeständnisse. Es steht zu erwarten, daß unsere geistliche Behörde, wenn nicht aus anderen Gründen, so doch als Entgelt für diese von der Kirche den Deutschkatholiken gemachten Zugeständnisse fordern wird, daß die preussische Regierung in der Volksschule ein eben solches, ungleich begründeteres Zugeständniß mache, das nämlich, daß die polnischen Kinder, wenigstens die Katechismuslehre in ihrer Muttersprache lernen. . . . Wie schwierig die Lage unserer geistlichen Behörde, des Erzbischofs, in der Schulfrage ist, begreifen wir wohl. Daraus, daß man nicht hört, ob der Erzbischof irgend welche Schritte gegen die allmähliche, aber fortgesetzte Kassirung des polnischen Religionsunterrichts in den Schulen der gesammten Erzdiözese gethan habe, darf man nicht schließen, daß er die polnischen Kinder in der Schule thatsächlich nicht in Schutz genommen habe, auch das begreifen wir. Wir sind uns auch dessen bewußt, daß es nicht Sache eines öffentlichen Blattes ist, sich mit seinen Auslassungen in einer so peinlichen Angelegenheit aufzudrängen, da die geistliche Behörde ihre Rechte und Pflichten gegenüber der weltlichen Behörde selbst kennt. Uns handelt es sich nur darum, vor unsern Lesern festzustellen, daß solche versöhnungsparteiliche Organe, wie Kuryer und Dziennik im jetzigen Moment pflichtgemäß der Volksgesamtheit in Erinnerung bringen müßten, daß sie noch einen Stützpunkt in der geistlichen Behörde habe, der das von Gott, nicht von den Regierungen ihr übertragene Recht zusteht, zu verlangen, daß man die polnischen Kinder in den Schulen die Katechismuswahrheiten in ihrer Muttersprache lehre.

Der Dziennik Poznański giebt in Nr. 171 vom 29. Juli den Bescheid wieder, welchen der Herr Kultusminister Bosse im Abgeordnetenhanse am 1. März 1894 dem Abgeordneten von Jagdzewski in Sachen der Wiedereinführung des polnischen Sprachunterrichts in den Volksschulen erteilte; ferner druckt das Blatt den Wortlaut des Erlasses vom 16. März 1894 ab und knüpft daran folgende Bemerkung: „In dem Erlaß vom 16. März 1894, der auf eine ausdrückliche Willensäußerung des Kaisers zurückgeführt wurde, ist die Rede davon, daß der polnische Sprachunterricht im Interesse der Religion wieder eingeführt werde. Sollte jetzt nach Verlauf von 6 Jahren dies Interesse der Religion ein anderes sein? Sollte das, was alle Sachverständigen die deutschen Kreisschulinspektoren mit eingeschlossen, im Jahre 1894 als gut erkannt haben, im Jahre 1900 nicht gut sein? Wenn Dr. Bosse, wie er sagte, aus rein schultechnischen Gründen und im Interesse der Schule als solcher den polnischen Sprachunterricht, wenn auch in so geringem Umfange eingeführt hat, wie wird dann sein Nachfolger, Herr Studt, die Beseitigung dessen begründen, was sein Vorgänger als gut anerkannt hat und was alle Sachverständigen gebilligt haben? Augenscheinlich wissen diese regierungsseitigen Sachverständigen entsprechend dem Winde, der von oben weht, ihre Sachverständigenansicht zu ändern, sowie entsprechend der Nebenströmung, die von unten durch alle Rigen sich in die maßgebenden Instanzen eindrängt, um sie gegen uns ungünstig zu stimmen. Bisher ist das

Reskript des Ministers Studt nicht veröffentlicht worden. Wir sind sehr neugierig, wie man in ihm die Beseitigung dessen begründet hat, was vor sechs Jahren ein preussischer Minister und dessen Sachverständige als gut anerkannt haben. Wir sind ferner neugierig zu erfahren, ob auch dies Reskript, das die polnische Sprache in der Volksschule fast völlig beseitigt, ebenfalls einer ausdrücklichen Willensäußerung des Kaisers entsprungen ist, wie das Bosse'sche Reskript vom Jahre 1894?

Endlich verlohnte es sich zu erfahren, ob den Erlaß des Ministers Studt „alle Sachverständigen“, alle deutsche Kreisschulinspektoren nicht ausgenommen, ebenso gut heißen, wie sie den direkt entgegengesetzten Erlaß des Ministers Bosse gut heißen haben. Das wäre urkomisch in dieser traurigen Angelegenheit.

In dieser Angelegenheit giebt der Dziennik in derselben Nummer eine Zuschrift „Aus der Stadt“ wieder, in der es u. A. heißt:

„Ich glaube, daß nicht nur das polnische Haus seine Pflichten erfüllen wird, sondern daß auch die geistliche Behörde schützend für den bedrohten Religionsunterricht eintreten wird, der ohne polnischen Sprachunterricht absolut unmöglich ist. Wir können jedoch das neueste Attentat nicht schweigend hinnehmen. Es gilt, feierlich Protest einzulegen gegen das neueste Attentat auf unsere Muttersprache und zwar in einer Generalversammlung, die nach Posen einzuberufen wäre, und später in Parochialversammlungen.“

Aus Nr. 168 des Dziennik Kujawski
vom 27. Juli 1900:

Eine neue Wohlthat.

Es war keine leere Uebertreibung, als die Führer des Hakatismus sich in der letzten Versammlung des Hauptvorstandes dieser Bruderschaft dessen rühmten, daß die neuen Minister sich des vom Hakatismus in sie gesetzten Vertrauens würdig gezeigt haben, und daß sie sich aus dem Programm der Hakatisten immer mehr geeignete Gedanken zu eigen machen!

Der gestern von der Posener Zeitung angekündigte Erlaß des Kultusministers bestätigt im vollsten Maße diese Erklärung der Anführer der Hakatisten.

Für uns kommt das nicht unerwartet. Haben wir doch gleich nach dem ersten Auftreten der neuen Minister Studt und Frhr. v. Rheinbaben im preussischen Landtage die Ueberzeugung zum Ausdruck gebracht, daß die beiden neuen Würdenträger erklärte Anhänger des Programms der Hakatisten sind und daß noch mancher Schlag von ihrer Hand auf die polnische Gesamtheit herniedersausen wird. Wir erteilten der polnischen Gesamtheit auch von vornherein den Rath, sie möge auf alles vorbereitet sein — selbst auf die schlimmsten Eventualitäten — und diese Ueberzeugung war — wie es sich jetzt herausgestellt hat — vollkommen richtig und begründet.

Der neue Erlaß des Kultusministers nimmt also der Hälfte unserer Gemeinden das kleine Zugeständniß, mit welchem sie der Minister Bosse i. J. beglückt hat, er nimmt ihnen den Religionsunterricht in der polnischen Sprache auf den Oberstufen und den fakultativen polnischen Sprachunterricht. Auch Herr Bosse hat i. J. dieses Zugeständniß nicht etwa aus irgend einem speziellen Wohlwollen der polnischen Gesamtheit gegenüber gemacht, sondern lediglich in der Ueberzeugung, daß der Religions-

unterricht, wenn er von Erfolg begleitet sein soll, nicht ohne den Unterricht in der Muttersprache erteilt werden kann. Herr Studt scheint hierüber anderer Ansicht zu sein. Er hielt es für notwendig, „dieses große Zugeständnis“ seines Vorgängers zu kassieren.

So also nimmt man uns das wieder, was uns die Regierung Wilhelms II. gebracht hat. Der Verlust ist ja allerdings nicht groß! Erstens war jenes Zugeständnis nur ausschließlich auf das Großherzogthum Posen beschränkt und noch dazu auch nicht einmal auf alle Gemeinden.

Es hatten von ihm die beiden anderen polnischen Landestheile, Westpreußen und Schlesien gar keine Vortheile. Ferner, auch bei uns war der Genuß jenes „Zugeständnisses“ mit so viel Schwierigkeiten verknüpft, daß selbst da, wo man Gebrauch von ihm machen konnte, der größte Theil der Eltern aus verschiedenen Gründen von dieser Wohlthat ausgeschlossen war.

So haben wir also heut, wo uns auch diese letzten Ueberreste des polnischen Sprachunterrichts genommen sind, keinen Grund zur Verzweiflung. In jedem Falle haben wir von neuem erfahren, was für ein Geist in den Regierungskreisen unserer Gesamtheit gegenüber weht, und auch das hat seine guten Seiten. Es ist vielleicht sogar besser, daß unsere Gesamtheit sich Täuschungen hinzugeben nunmehr aufhört, sich nicht mehr auf die Gnade und die Fürsorge der Schulbehörden verläßt, daß sie nunmehr klar und deutlich erkennt, daß die ganze Rettung unserer Nation lediglich auf der Selbsthilfe beruht. Bisher haben sich nicht viel Eltern um Ertheilung polnischen Sprachunterrichts zu Hause gekümmert, weil die Kinder bisher noch in den Schulen polnisch gelernt haben. Jetzt hört das auf, jetzt müssen sich die polnischen Eltern sagen, daß wenn die Kinder polnisch bleiben sollen, wenn sie ihre Muttersprache einigermaßen beherrschen sollen, — das einzig und allein nur das Elternhaus bewirken kann. Die Pflicht, polnische Lehrbücher sich anzuschaffen und die Kinder im Hause zu unterrichten, wird jetzt noch wichtiger und heiliger, als sie es bisher war, und eine schwere Verantwortung Gott und der Gesamtheit gegenüber nehmen diejenigen Familien auf sich, welche diese Pflicht nicht erfüllen.

Angeichts dieser neuen Wohlthat von Seiten der Regierung stellt sich unserer Ansicht nach das Bedürfnis einer neuen Organisation heraus, das Bedürfnis, sorgfältiger darüber zu wachen, daß das polnische Lehrbuch in jede Hütte gelange, mag sie auch noch so arm sein, daß jede Familie begreife, wie wichtig die Pflicht ist, die Kinder die Regeln ihrer Muttersprache zu lehren. Ueber diese Pflicht muß man öffentlich in Versammlungen sprechen.

Selbsthilfe — das ist heut unser Losungswort und unsere Rettung. Wenn wir dieses Mittel in verständiger Weise ausnutzen können, dann wird auch dieser neue Hieb zu nichts werden, ebenso wie das ganze Programm der Hakatisten. Dann aber, läßt der liebe Gott die Bäume nicht in den Himmel wachsen, selbst wenn Herr Minister Studt dies möchte.

Aus Nr. 90 der Gazeta Ostrowska
vom 31. Juli 1900:

Mit Bezug auf die neuesten Erlasse des Herrn Kultusministers Studt, betreffend die Beseitigung des polnischen Religions- und Sprachunterrichts äußert sich die Gazeta Ostrowska u. A. wie folgt:

Der neueste Erlass des derzeitigen Kultusministers erschüttert uns keineswegs, wir werden dieserhalb keine Thränen verlieren, weil wir wissen, daß man hier handeln und nicht weinen muß, und ferner wundert uns dieser Erlass auch garnicht, da er nur ein weiteres Glied in der Kette ist, welche man zu schmieden begonnen hat, als die Preußen an der Spitze Deutschlands nach der Unterwerfung Frankreichs mit offenem Visir gegen uns aufgetreten sind.

Dieser oder jener Pole wird wohl schon an die Aufforderung jenes „Grafen Eulenburg“, die er an die Polen gerichtet hat, vergessen haben, welche lautet: „Ihr müßt Deutsche werden und es werden euch alle Wohlthaten der deutschen Kultur zu Theil werden; ihr werdet die höchsten Aemter erreichen, wir werden euch als gleichberechtigte Bürger behandeln und dann keinen Unterschied machen zwischen unseren deutschen und polnischen Unterthanen — wenn ihr nur eure politischen Schwärmereien aufgibt und treuergebene Söhne des Landes werdet, dem ihr einverleibt worden seid.“

In ungefähr diesem Sinne hat Graf Eulenburg im preußischen Landtage auf die Klagen der polnischen Abgeordneten geantwortet, welche die Wiederherstellung der unserer Nation durch die Traktate zugesicherten Rechte forderten.

Ein aufrichtiger und offener Gegner ist schon halbgewonnenes Spiel für diejenigen, welche sich zu verteidigen gezwungen sind. Die Worte Alexander II. „Fort mit den Schwärmereien,“ und diejenigen Eulenburgs „ihr müßt Deutsche werden“ — sind für uns sehr lehrreich und warnend.

Welchen Nutzen wir aus diesen Worten gezogen haben, und in wiefern wir seit jener Zeit die Feste unserer nationalen Existenz gesichert haben, darauf werden Alle zusammen und jeder für sich eine Antwort ertheilen.

Unsere Gegner haben uns selbst den Weg und die Richtung unserer Arbeiten gezeigt und man muß anerkennen, daß sie in ihrer Offenheit tabellos ausdauernd, fest und konsequent sind.

Der unmittelbar nach den Worten des Grafen Eulenburg in ganz Deutschland begonnene Kulturkampf sollte auch unsere polnischen Reihen lichten und diejenigen Zeiten näher bringen, in welchen wir alle Schwärmereien bei Seite lassen und die Ehre erlangen sollten, als gleichberechtigte Bürger behandelt zu werden.

Als der Kulturkampf die erhofften Früchte nicht brachte, begann man auf vollkommen legalem Wege antipolnische Gesetze zu schmieden, unter welchen der in Rede stehende Erlass nur ein weiteres Glied der Kette ist, welche uns umschließen und uns den letzten Athemzug rauben soll.

Wie sollen wir uns nun gegen diesen neuen Erlass verteidigen? so wie im Jahre 1887 und in Gemäßheit der in der Versammlung vom Jahre 1889 gefaßten Beschlüsse.

Aus Nr. 167 des Dziennik Poznański
vom 25. Juli 1900.

Ein Sokolkongreß

wird in diesem Jahre in Posen stattfinden. Schon seit einigen Wochen arbeiten eine zahlreiche

Kommission und daneben besondere Sektionen — die Redaktions-, Bau-, Einquartierungs-, Verpflegungs- und Rassenkommission. Der Termin des Kongresses ist auf Sonntag, den 12. August d. J. festgesetzt. Die Zahl der sich betheiligenden Vereine wird etwa 50 betragen. In gymnastischer Beziehung soll der Kongreß alle bisherigen Turntage überragen. Der Empfang der Gäste erfolgt am Sonnabend, den 11. August im Saale des Lokals Eldorado; die Uebungen am Sonntag werden in der zu diesem Zwecke gemietheten Lohmeyer'schen Fahrtschule stattfinden.

Aus Nr. 167 des Ogedownik
vom 25. Juli 1900.

„Wenn die Deutschen ein Freiwilligenkorps nach China senden“, — so schreibt der Ogedownik in einem gegen das Berl. Tagebl. gerichteten polemischen Artikel — „welches gegen 10 000 aus dem stehenden Heer ausgewählte Truppen umfassen soll, so erklärt sich das zunächst mit den militärischen Verhältnissen und sodann mit den nationalen Idealen. Unter allen Nationen giebt es Ausnahmemenschen, die sich nach Abenteuer zu Wasser und zu Lande sehnen und welche hierfür wie geschaffen sind. Es kann auch solche Polen geben; aber ideale Beweggründe, die aus der heiligen Vaterlandsidee entspringen, können keine Polen dabei leiten. Das Berl. Tagebl. läßt bei seiner Geringschätzung des politischen Werthes des polnischen Volkes außer Acht, daß dies polnische Volk sich seiner Zugehörigkeit zum preussischen Staate, seiner Pflichten gegenüber diesem Staate bewußt sein kann; aber das deutsche Vaterland als Ideal wird es nie für sein polnisches Vaterland ansehen, das polnische Volk begreift bereits in seinen Massen sehr wohl, daß sein polnisches Vaterland als Ideal ein anderes ist, daß letzteres thatsächlich existirt in Verbindung mit dem Glauben der Väter in der Muttersprache, in der Väter Bräunen, in den Ketten des Blutes, der Bräunen, der Empfindung, der Schriftstellerei, der schönen Künste, der gesamten polnischen Nation in allen drei Landestheilen, was bis zu diesem Moment leibhaftige Thatsache ist. Das polnische Volk ist in seinen großen Massen sich des Unterschiedes sehr wohl bewußt, welcher obwaltet zwischen dem deutschen und seinem polnischen Vaterlande als nationales, menschliches Ideal, und dieses Bewußtsein hindert das polnische Volk nicht, alle Pflichten zu erfüllen, welche die Zugehörigkeit zum preussischen Staate ihm auferlegt, dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist. Zwischen dem deutschen und dem polnischen Vaterlande zu unterscheiden, lehrt das polnische Volk auf elementare Weise das preussische System und die lärmende Emsigkeit der Haktisten, die im Osten ein „Herabdrücken“ des bedrängten deutschen Elements nicht dulden wollen.“

Aus Nr. 165 des Dziennik Poznański
vom 22. Juli 1900.

Aus Russisch-Polen berichten galizische Blätter: „In den letzten Tagen haben die russischen Militärbehörden in Russisch-Polen eine so fieberhafte Thätigkeit entwickelt, als handelte es sich nicht um eine verhältnißmäßig sehr kleine Mobilisirung bestimmter Truppentheile, die sich nach dem fernem

Osten begeben, sondern um die Mobilisirung des Militärs für den Fall eines Krieges in Europa. Die Belästigungen aus Anlaß der Notirung der in privatem Besitz befindlichen und für den Mobilisationsfall für den Militärdienst bestimmten Pferde haben sich in letzter Zeit verdoppelt, und die ungewöhnliche Zahl der in diesem Jahre angeblich zu Uebungszwecken einberufenen Reservisten weckt gewisse Befürchtungen besonders unter der ländlichen Bevölkerung, die den verschiedensten umlaufenden Gerüchten Gehör schenkt. In wessen Interessen die Ausstreitung solcher Gerüchte liegt, das ist fürs Erste schwer festzustellen.“

Aus Nr. 166 des Dziennik Poznański
vom 24. Juli 1900:

Zu dem vom Herrn Minister des Innern

dem Abgeordneten v. Glembocki erteilten Bescheide C 812 II vom 12. Juli 1900 meint der Dziennik:

„Obiger Bescheid reiht sich würdig allen denjenigen an, welche die polnischen Bürger von den Regierungsbehörden auf ihre gerechten Beschwerden erhalten. Er stützt sich auf den einseitigen Bericht eines untergeordneten Beamten, desselben, gegen welchen sich die Glembocki'sche Beschwerde richtet. Uebrigens stimmt diese Aufklärung nicht genau mit den Thatsachen überein. Wie uns der Abg. v. Glembocki versichert, hat es sich hier überhaupt nicht um das ursprüngliche Verbot der Betheiligung von Frauen, Lehrlingen und Schülern an der vom Industrieverein in Schroda projektirten Feier gehandelt, sondern es ist Thatsache, daß der Schroda'er Landrath von vorn herein dem Vorsitzenden des Vereins, als dieser ihm das spezielle Programm der Feier vorlegte, die Erlaubniß zur Abhaltung derselben erteilte unter Ausschließung des v. Glembocki'schen Vortrages. Ausdrücklich handelte es sich hier nicht um den Vortrag, sondern um die Person des Herrn v. Glembocki.“

Das Verbot des Haltens des Vortrages hat der Landrath nicht zurückgezogen, obgleich ihm der Inhalt des Vortrages vorher vorgelegt worden war. Die Feier fand statt, aber ohne den Haupttheil des Programms, d. h. ohne den Vortrag über Slowacki. Der Polizist, welcher die Versammlung überwachte, hatte einzig den Befehl erhalten, sie sofort aufzulösen, wenn Herr v. Glembocki den Mund öffnen würde.

Die zweite „Ungeauigkeit“ — gelinde ausgedrückt — liegt darin, daß der Industrieverein in Schroda im Ministerialbescheide zu den dem § 8 des Vereinsgesetzes unterstehenden politischen Vereinen gerechnet wurde.

Auf Grund welcher gesetzlichen Vorschrift man ihn zu diesen Vereinen gerechnet hat, wissen wir nicht; das weiß auch gewiß der gedachte Verein nicht, der sich nicht mit Politik befaßt, sondern nur mit Angelegenheiten des Handwerks und der Industrie. Als solcher ist er speziell dazu berufen, die Handwerkerjugend fortzubilden, und letztere will man durch den eigenmächtig dem Verein beigelegten politischen Charakter zu ihrem Schaden vom Verein fernhalten. Uebrigens sollte die ganze Feier einen ausschließlich unpolitischen Charakter annehmen; sie sollte eine literarische Belehrung über das Leben und die Werke des Dichters Slowacki werden, die Versammlung konnte also mit der Politik nichts gemein haben. Wir glauben auch, daß der Industrie-

verein in Schroda alles thun wird, um sich den Charakter eines politischen Vereins, der er wirklich nicht ist, nicht aufdrängen zu lassen.

Sehr interessant ist auch die schöne Ironie in dem letzten Satze des Ministerialbescheides, in welchem der betreffenden Polizeibehörde der Vorwurf gemacht wird, sie habe ein den Bestimmungen des Gesetzes zuwiderlaufendes Entgegenkommen gezeigt, indem sie die Betheiligung von Frauen und Schülern an einer Feier gestattete, in welcher der Haupttheil des Programms, d. h. der Vortrag des Abg. v. Glembocki gestrichen worden war.

Die Schroda'er Bürger sind wahrscheinlich gerührt über diese allzugroße Rücksichtnahme ihrer polizeilichen Behörde und des Landraths, und sie werden wahrscheinlich nicht verfehlen, diesen Behörden in einer besonderen Dankadresse ihre Anerkennung dafür auszusprechen, daß sie durch ihr „gesetzwidriges Entgegenkommen“ beim Minister des Innern angestoßen sind. Wir hoffen jedoch, daß der Landrath für eine solche Rücksichtnahme nicht wird zur Disposition gestellt werden, wie seine Kollegen, die als Abgeordnete im Landtage gegen die Kanalvorlage zu stimmen wagten.

Die Angelegenheit der Umtaufung der Ortschaft „Gzerlejno“ in „Scheringen“ berührt der Ministerialbescheid nicht, ungeachtet dessen, daß der Herr Minister versprochen hatte, auch sie zu untersuchen. Augenscheinlich hat man sich nach fünfmonatlicher Prüfung überzeugt, daß hier ein von höheren Regierungsfaktoren verübter Akt grober Eigenmächtigkeit vorliegt, und da man sie bei der gegenwärtigen antipolnischen Strömung nicht desavouiren will, ist es besser, die Sache überhaupt nicht zu berühren.

Der amüsante Umstand waltet jedoch hier ob, daß der obige Ministerialbescheid, wie alle anderen Schreiben, die der Abgeordnete v. Glembocki aus dem Ministerium des Innern erhält, korrekt nach Gzerlejno und nicht nach „Scheringen“ adressirt sind, wie die niederen Behörden den Namen eigenmächtig geändert haben. Das ist ein schweigendes Zugeständniß, daß das Ministerium nicht genau weiß, was seine untergeordneten Behörden uns gegenüber sich herausnehmen. Augenscheinlich ist auch das „Entgegenkommen“ des Ministeriums des Innern, wie es sich hier gezeigt hat, von sehr problematischem Werth, und der Abg. v. Glembocki wird nicht verfehlen, bei sich bietender Gelegenheit dem Herrn Minister dafür entsprechend seinen Dank abzustatten.

Aus Nr. 165 des Dziennik Poznański
vom 22. Juli 1900:

Wreschen.

Hier ist der Büchsenmacher gestorben. Vielleicht würde sich in Posen ein ordentlicher Mensch finden, der die Werkzeuge, wenn möglich auch die Wohnung des Verstorbenen übernehme. Ein Pole würde hier kein schlechtes Geschäft machen. Er müßte vor Beginn der Jagd herziehen. Auch ein polnischer Buchhändler würde meiner Ansicht nach bei uns seinen guten Unterhalt finden. Es giebt nämlich bei uns keinen gewandten polnischen Buchhändler. Auch keinen polnischen Glashändler giebt es bei uns. Unsere Apotheke soll in jüdische Hände übergehen. Jetzt besitzt sie ein Pole.

Aus Westpreußen.

Aus Nr. 90 der Gazeta Grudziadzka
vom 28. Juli 1900:

Zu dem Erlaß des Herrn Kultusministers
in Sachen des polnischen Religions- und Sprachunterrichts schreibt die Gaz. Grudz.:

„Herr Studt zeigt hier in der Praxis, daß die nichtverjährten Versprechungen der preussischen Könige heut nicht mehr verpflichten, da sich die Verhältnisse geändert haben. Man braucht sich über nichts zu wundern, denn für die preussische Politik ist das durchaus nichts Neues.

Und jetzt noch eins! Oft schon hat man aus dem Munde der preussischen Minister gehört, daß die Thätigkeit der polnischen Blätter in der polnischen Bevölkerung die Liebe und Anhänglichkeit an die Familie des Monarchen untergrabe. In Graudenz haben wir einen Richter — der Herr heißt Rossmann — der bei jeder Gelegenheit, wo der Redakteur der Gazeta Grudziadzka angesichts der Unmöglichkeit, ein solches Urtheil mit logischen, auf Reichsgerichtserkenntnissen gestützten, juristischen Ausführungen zu begründen, mit Hilfe des „Unfugsparagraphen“ zu der höchsten Geldstrafe verurtheilt wird, sich Wendungen patriotischer oder politischer Natur bedient und u. A. auch der, daß solche — d. h. in Vertheidigung des Polenthums geschriebene — Artikel die Liebe und Anhänglichkeit der polnischen Bevölkerung zum Herrscherhause untergraben. Nun, nicht die Artikel der polnischen Blätter untergraben die Anhänglichkeit der polnischen Bevölkerung im preussischen Antheil dem Herrscherhause gegenüber, sondern einzig die ganze Germanisirungspolitik, die den Verheißungen widerspricht, welche der preussische König Friedrich Wilhelm ohne jeden Vorbehalt in seinem eigenen und seiner Nachfolger Namen den Polen gegeben hat. Das polnische Volk kennt heute seine Rechte wohl und verlangt entschieden, daß man sie ihm nicht verkürze.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 30 der (Posener) Praca
vom 22. Juli 1900:

Breslau, im Juli 1900.

..... Verwunderlich ist es, daß unsere auf der Scholle der Deffentlichkeit thätigen Arbeiter, die unermüdlich ihre Kräfte anstrengen, um die nationale Sache zu heben, bisher ihre Aufmerksamkeit im Ernst noch nicht auf ein Gebiet gelenkt haben, das noch brach liegt, — auf Niederschlesien nämlich.

Breslau, die Hauptstadt Niederschlesiens, einst eine polnische Stadt, bewahrt, obgleich sie unter dem Druck der deutschen Kolonisation vollständig verdeutsch worden ist, bis heutigen Tags unverwischbar das Charaktermal seiner Herkunft. Sehen wir uns einmal unter dem Bürgerthum der Stadt um; ohne zu übertreiben, — mehr als die Hälfte der Namen hat slawischen Klang, und sie belehren uns berechtigt darüber, welcher Puls früher hier schlug. Heut ist es ganz anders. Dann und wann stößt man auf Ueberreste des früheren Lebens, das, der Hochfluth der übermächtigen Germanisirung entgangen, sich nur schwach erhält und gänzlich zu

verschwinden droht unter dem Druck des sich immer mehr breitmachenden Deutschthums. Und wie soll sich hier ein Fünkchen polnischen Lebens erhalten, da es an einem anwachsenden Heerde fehlt?! Es wundert mich sehr, daß hier in der Universitätsstadt Breslau, wo stets etwa 100 polnische Akademiker weilen, wo slawische Literatur gelehrt wird, wo ein Sokolverein besteht, in einer Stadt, die 10 000 polnische Bewohner aufweist, darunter einige vermögende Familien, schon aus praktischen, materiellen Gründen keine polnische Buchhandlung vorhanden ist. Daß angesichts so günstiger Verhältnisse hier auch eine polnische Zeitung bestehen müßte, versteht sich von selbst. Eine mit Zeitungsredaktion verbundene polnische Buchhandlung hätte eine um so bessere und gesichrtere Existenz.

An erster Stelle könnte das Blatt auf Beistand von Seiten der Akademiker rechnen, sowie auf deren Mitarbeit. Ein polnisches, mit der akademischen Jugend in Verbindung stehendes Blatt könnte die glänzendsten Hoffnungen verheißten und sich in der Geschichte der Entwicklung der niederschlesischen (polnischen) Gesellschaft rühmlich bemerkbar machen. Die erste, schwierigste und wichtigste Aufgabe der Zeitung wäre aber, das schon tief eingeschlafene Nationalgefühl unter dem hiesigen polnischen Bürgerthum zu wecken. Das Herz schmerzt Einen beim Anblick der augenscheinlich sich ausbreitenden Germanisirung. Zum Beweis für diese traurige Erscheinung will ich nur Einzelnes anführen: Oft kam es vor, daß ich in der Kirche einen Vater oder eine Mutter aus einem polnischen und ihre Kinder dicht dabei aus einem deutschen Buche beten sah. Ich kenne Familien, wo beide Eltern polnischer Abstammung sind und polnisch sprechen, während sie im Kreise der Familie ausschließlich die deutsche Sprache anwenden. Die Kinder müssen infolge eines solchen Verhaltens den Klang der Muttersprache gänzlich entbehren; sie müssen auf jeden Fall Deutsche werden, um so mehr, als sie im Elternhause die Speise und Wärme der polnischen Sprache und des polnischen Empfindens nicht zu spüren bekommen und in der Schule einzig von der Heilsamkeit der deutschen Sprache und des deutschen Empfindens zu hören bekommen:

Ein zweiter Vorschlag:

Der niederschlesische Boden, ein wahrer Garten an Fülle inmitten der Ostmarken, ein Boden, der sich durch wunderbare Schönheit, Fruchtbarkeit und Reichthum auszeichnet, wartet nur darauf, daß irgend ein polnischer Käufer irgend ein Stück aus deutschen Händen aufkaufe und es mit polnischen Leuten bevölkere. Wenn Leute, die ihr Gut an die Ansiedelungskommission verkauft haben, hier ein Gut aus deutschen Händen kauften und hier polnische Leute, die aus dem Posen'schen verdrängt sind, ansiedelten, so würden sie nicht nur den an ihrem Namen haftenden Fleck auswaschen, sondern sich mit dem Schimmer eines Verdienstes umgeben, indem sie hier gewissermaßen ein Gegengewicht gegen die kolonialisirisch-hafatistischen Gelüste im Großherzogthum schaffen würden. Ueberhaupt wäre es sehr zu empfehlen, daß unsere Landwerker ihre Aufmerksamkeit auf Niederschlesien richteten.

A. Wr.

Aus Nr. 31 der Praca (Beiblatt zum Katolik)
vom 31. Juli 1900:

Aus Rozdzien.

Die Hüttenknappschaft ist nicht so, wie wir es wünschen. Lediglich Beamte, welche für sich in eine andere Klasse zahlen, stehen an ihrer Spitze. Bernhardt ist bei jeder Quartalsitzung anwesend. Ich frage, was kann ein Arbeiter, welcher dort ist, sagen und ausrichten?

Eine zweite Last ist für die Arbeiter jene Prämie, welche sie erhalten, wenn sie alle Schichten durcharbeiten. Aber wer kann hier alle Schichten durcharbeiten, insbesondere von den älteren Arbeitern, wenn es keinen Sonntag und keinen Feiertag giebt, namentlich bei der Hitze in diesem Jahre. Die Prämie beträgt 20 Pfennige für die Schicht. Die Arbeitgeber müssen die Prämien abschaffen und das Lohn erhöhen. Die Prämien sind für die Gesundheit sehr schädlich, und haben schon manchen krank gemacht, weil es vorgekommen ist, daß der Arbeiter, welcher am Anfange des Monats ein paar Schichten aus irgend einer Veranlassung versäumt hat, später, um die Prämien nicht zu verlieren, zwei, oder selbst drei Schichten auf einmal arbeitet. Von einem solchen Manne kann man sagen, daß er die ganze Woche in der Hütte wohnt. Es ist auf der Wilhelmine in der Bernhardt-Hütte vorgekommen, daß der erste Schmelzer seine Schicht fertig gemacht hat, dann Kohlen für die Ofen gefahren hat, und daß man ihn dann auf einem Wagen ins Lazareth schaffen mußte. Das sind Verhältnisse!

Und wie sehen in der Wilhelmine die Schlafhäuser aus? Es wundert uns sehr, daß derartige Zustände fortbestehen können. Will denn der Herr Gewerbeinspektor nicht einmal gefälligst hineinklicken, wie es dort mit den Betten, mit der ganzen Ordnung aussieht? Die Arbeiter schlafen dort, wie das liebe Vieh im Stalle, einer neben dem Anderen auf schmutzigen Strohsäcken, wo es dieses Jahr Ungeziefer genug giebt.

In den Ziegeleien, in welchen die Arbeit nicht so schädlich ist wie in den Hütten, muß Alles in Ordnung sein, denn dort wacht über dem Besitzer die Polizei.

In Bernhard-Hütte sind die Zustände beweinenwerth. Anfangs, als die Hütte gebaut wurde, da sollte sie in Milch und Honig fließen und es gab auch genug Arbeiter, heut aber muß einer gezwungen werden, daß er zwei Schichten arbeite. Meister Pawlik, welcher Arbeiter war, hat den Lohn für 2 Männer beim Ofen verdient und jetzt ist die Arbeit dort so schwer, daß es von den älteren Arbeitern fast Niemand aushalten kann; alle älteren Arbeiter sind deshalb auch fortgegangen, und es sind nur junge Arbeiter dort. Zu bedauern ist, daß die jüngeren Arbeiter den Älteren vermöge ihrer größeren Arbeitskraft schaden. Mögen sie daran denken, daß auch sie nicht immer jung bleiben!

Aus Nr. 31 der Praca (Beiblatt zum Katolik)
vom 31. Juli 1900:

Der „eiserne Justinius“ war am 16. Juli bei der Auszahlung in Godulla-Hütte anwesend. Da regnete es nur so Flüche auf die Arbeitgeber. Ein Arbeiter fragte, weshalb man ihm 4 Mk. für seine Vertretung abgezogen habe, da er doch krank gewesen sei. Er kam mit einem ärztlichen Attest in die Kanzlei, dort aber warf man ihn heraus.

Es wurden den Arbeitern von den Prämien ungefähr 400 Mk. für Vertretungen abgezogen, welche von Anderen übernommen worden sind, wenn Jemand zur Arbeit nicht erscheint.

Die Meister sollten 200 Mk. Prämien erhalten.

Justyn wollte auch nach dem Badehause der Hütte baden gehen, aber es verging ihm die Lust, als er einen Kameraden aus dem schmutzigen Wasser herauskommen sah, welcher ihm sagte, daß nur einmal in der Woche das schmutzige Wasser aus dem Bassin herausgelassen und frisches hineingelassen wird. Weshalb giebt's nicht wenigstens zweimal in der Woche frisches Wasser? Das Wasser muß für die Arbeiter nach der Hütte um Mitternacht und nicht erst früh um 7 Uhr gebracht werden. Der Arbeiter hat nicht soviel Zeit, allein nach Wasser zu gehen. Am 1. Juli soll der Gewerbeinspektor in der Hütte gewesen sein und gefragt haben, weshalb Leute in der Hütte fehlen? Der Meister hat hierauf erzählt, der Inspektor habe ihn aufgefordert, er solle die Arbeiter in Strafe nehmen, wenn diese Lumpen nicht zur Arbeit kommen. Justyn glaubt aber nicht, daß der Gewerbeinspektor zu Bestrafungen aufgefordert hat. Justyn müßte durchaus feststellen, ob denn bei den Koksöfen Mädchen bis Sonntag früh 10¹/₂ Uhr arbeiten müssen.

Vielleicht befaßt sich der Herr Gewerbeinspektor einmal mit dieser Angelegenheit. Es wäre gut, wenn besondere Bücher eingeführt würden, in welche alle Vertretungen eingetragen würden, sowie die Beträge, welche man uns für diese abzieht. Von den Prämien hat man keinen großen Gewinn. Ein gewisser Arbeiter hat 30 Schichten durchgearbeitet und hat nur 3 Mk. erhalten; man sagte ihm, er habe leichte Arbeit gehabt. Es wird wohl auch bald ein Ball veranstaltet werden, auf welchem die Herren von der „Pfennigkassse“ erzählen werden.

Hier herrscht solche Ordnung, daß selbst wenn ein Arbeiter meldet, daß er nicht zur Schicht kommt, man ihm doch Strafe zubüßt, wenn ein Stellvertreter gefehlt hat. Und kam denn bei einer solchen Hitze, wie wir sie dieses Jahr haben, der Arbeiter alle Schichten leisten? Liegen doch manche von unseren Arbeitern schwerkrank darnieder, und sind sicherlich dem Tode verfallen, und das Alles, weil sie sich bei der Arbeit und Hitze überarbeitet haben. Wann wird man einmal mit den Arbeitern Einsicht haben?

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 171 des Dziennik Berliński
vom 29. Juli 1900:

Ein neues Attentat

auf unsere Muttersprache und damit auch auf unsere Nationalität, eine neue That, welche der preußischen Regierung würdig ist, können wir in der Chronik unserer Nation verzeichnen. Wir haben bereits vor Kurzem die Mittheilung gebracht, daß die polnische Sprache bei der Ertheilung des Religionsunterrichts auf der Mittel- und Oberstufe aus allen Schulen des Großherzogthums Posen beseitigt und der polnische Sprachunterricht ganz entfernt worden ist. Der Erlaß des gegenwärtigen Ministers des „Kultus“ (?!), welcher diese Frage betrifft, hat bei unserer Gesamtheit eine ungewöhnliche Erbitterung und Haß gegen Alles, was Preußenthum athmet, hervorgerufen. Was die polnische Presse,

was die eifrigsten Patrioten trotz größter Anstrengungen nicht fertig bekommen konnten, daß hat Herr Studt mit einem „Erlaß“ vollbracht.

Glaubt ihr denn wirklich, daß ihr uns mit einem Fausthieb den Mund schließen werdet? Meint ihr denn, daß ihr, wenn ihr die polnische Sprache aus den Schulen beseitigt, das junge Geschlecht schweigen lehren werdet?

Reißet unseren Kindern die Zunge aus dem Halse und sie werden euch in der Seele verwünschen.

Verfolget unsere Kinder auf Schritt und Tritt, leitet Untersuchungen gegen sie ein, sperrt sie ins Gefängniß und sie werden in der Tiefe des Herzens doch stets ein verächtliches Empfinden gegen euch hegen!

Lehret unsere Kinder die Geschichte vom deutschen Vaterlande, laßt sie schwäbische Gedichte deklamiren, heißt sie „Heil Dir im Siegerkranz“ singen, die Zeit wird doch kommen, wo sie euch das polnische Wecklied des Triumphs vorsingen werden!

Ihr klugen Politiker, einen schlechten Weg, habt ihr euch ausgewählt!

Und was soll angesichts dessen die polnische Gesamtheit thun? Genügt hier „viel Weinen“ und „Zähneknirschen“? Nein, fürwahr! Es ziemt uns nicht zu weinen, und das Weinen erlöst uns auch nicht! Der Gewalt muß man Gewalt entgegenstellen! Woher sollen wir diese aber hernehmen? Jeder aus seinem eigenen Herzen, aus eigener Seele? Unbedingt muß in unserm Falle das Elternhaus die Schule vertreten, im Elternhause müssen die Kinder polnisch schreiben und lesen, Liebe zu Allem lernen, was polnisch ist.

Aber nicht alle Eltern sind hierzu gewillt, besitzen soviel Energie, soviel Fähigkeiten, um das Herz und den Geist des Kindes zur Genüge zu nähren; nicht alle Eltern werden die verschiedenen Widerwärtigkeiten ausharren, man wird ihre mühevollen Arbeit paralyßiren, ermüdet werden ihnen die Hände in den Schoß fallen, sie werden abgestumpft werden und, von Verzweiflung getrieben, werden sie ihre eigenen Kinder der Germanisirung zum Opfer hingeben.

Allen diesen schwachen und unfähigen Eltern muß man bei ihrer Arbeit helfen, diese alle muß man gegebenenfalls vertreten. Zu Alledem bedarf man einer Hand, welche die ganze Angelegenheit leitet, es ist eine einheitliche Leitung nöthig, eine Organisation der Gesamtheit!

Aus Nr. 89 des Wiarus Polski
vom 28. Juli 1900:

„Bronisława“ und das preußische Standesamt.

Wir haben in Nr. 85 des Wiarus Polski mitgetheilt, daß Herr Stefan Stanka, ein Bergmann aus Werne bei Langendreer, dem Standesamt angegeben hat, daß seine neugeborene Tochter den Vornamen „Bronisława“ tragen soll. Wie bekannt, hat der Beamte diesen Namen in die Register nicht eingetragen, sondern verlangt, daß Herr Stanka einen anderen Vornamen für seine Tochter auswähle, worauf dieser jedoch nicht eingegangen ist. Hierauf erhielt Herr Stanka folgendes Schreiben:

Werne, den 23. Juli 1900.

Amt Werne.
Landkreis Bochum.
Tagebuch I. 175.

Unter Hinweis auf die Vorschriften in den §§ 17 bis 19 und 68 des Reichsgesetzes vom 6. Februar 1875 über die Beurkundung des Personenstandes pp. werden Sie hiermit aufgefordert, die am 15. d. Mts. erfolgte Geburt eines Kindes Ihrer Ehefrau nunmehr binnen einer Frist von drei Tagen bei dem diesseitigen Standesamte ordnungsmäßig und unter Angabe eines **deutschen** Vornamens zur Anzeige zu bringen. — Sollten Sie dieser Aufforderung binnen der gestellten Frist keine Folge leisten, so wird gegen Sie eine Geldstrafe von 15 Mk. festgesetzt werden.

Der Standesbeamte.

An den Bergmann
Herrn Stephan Stanka
hier

Bollmondstfr. 10.

Herr Stanka hat auch bereits das angekündigte Strafmandat in Höhe von 15 Mk. bzw. 3 Tagen Gefängniß erhalten, wogegen er Widerspruch beim Gericht erheben wird, und es ist nicht zweifelhaft, daß er den Prozeß gewinnen wird.

Da man in letzter Zeit öfters von derartigen Schwierigkeiten hören kann, welche von Seiten der Beamten in Sachen der Schreibweise der Vornamen berichtet werden, erinnern wir daran, daß ein Ministerialerlaß existiert, welcher gebietet, daß die Vornamen, welche in der deutschen und polnischen Sprache eine verschiedene Form haben, zunächst in deutscher Form eingetragen werden sollen, neben dieser müsse aber auf Wunsch des Interessenten auch die polnische Form des Vornamens bezeichnet werden. Dieser Erlaß kann aber auf polnische Vornamen keine Anwendung finden, welche unter den deutschen Vornamen gar nicht vorkommen, z. B. der Name Janusz, Wanda, Zbigniew u. s. w. In einem solchen Falle ist der Beamte verpflichtet, den Namen so einzutragen, wie er ihm von dem Interessenten genannt wird, so, wie dieser den Namen ihm nennt.

Hieraus geht hervor, daß der Standesbeamte den Namen Bronislawa in die Register wird eintragen müssen und zwar in diesem Falle als „Bronislawa“, und auf Erfordern des Vaters „Bronislawa“.

Als Beweis dafür, daß er hierzu verpflichtet ist, erinnern wir daran, daß vor zwei Jahren der Standesbeamte in Posen den Namen „Janusz“ mit „sch“ also „Janusch“ eingetragen hatte. Auf erhobene Beschwerde des Vaters war er gezwungen, diesen Fehler zu verbessern und zwar auf Grund eines Beschlusses des Landgerichts und auf Anordnung des Regierungspräsidenten, an welchen sich der betreffende Vater gewandt hatte.

Hieraus geht hervor, daß man sein gutes Recht niemals aufzugeben braucht, sondern stets alle Instanzen durchgehen muß, wenn man sich in seinem Recht verletzt fühlt.

Es wäre jedoch Zeit, daß die Beamten sich mit ihren Pflichten vertraut machen, damit sie den Leuten nicht unnötige Kosten und Zeitverlust bereiten. Beamte, welche sich nach den bestehenden Gesetzen nicht richten, müßten wegen jeder Ueberschreitung bestraft werden, dann würden solche Belästigungen fortfallen. Die Gesetze sind doch dazu da, daß man sich nach ihnen richtet, und zwar müssen das nicht nur die Bürger, sondern auch die Beamten thun.

Aus Nr. 90 des Wiarus Polski
vom 31. Juli 1900:

Oberhausen.

Bericht über die Generalversammlung des Gesangsvereins „Mickiewicz“ in Ober- hausen vom 17. Juni d. J.

Der Verein zählte Ende 1898 30 Mitglieder, 12 traten ihm neu bei, ein Mitglied ist gestorben. In der Kasse besaßen wir im Jahre 1899 135,35 Mk. Die Einnahme im Jahre 1899 betrug 436,50 Mk., die Ausgabe 430,95 Mk. Vergnügen veranstalteten wir 3. In den Vorstand wurden gewählt: St. Poglodzinski zum Vorsitzenden, Adalbert Orzelak zu seinem Stellvertreter, Johann Jozkowiak zum Schriftführer, Franz Filipowicz und Jakob Dlynca zu Schatzmeister, Brodka zu seinem Stellvertreter, Josef Kufel und Franz Filipowicz zu Kassenrevisoren, Thomas Santura zum Gesangslehrer. Die Gesangsproben finden jeden Sonntag nach dem Hauptgottesdienst um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr Vormittags im Saale des Herrn Helten gleich bei der Herz-Jesukirche statt. Alle Briefe, welche den Gesangsverein „Mickiewicz“ betreffen, bitten wir zu Händen des Vorsitzenden oder des Schriftführers zu übersenden.

St. Poglodzinski,
Vorsitzender.

Johann Jozkowiak,
Schriftführer.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 7 (Juliheft) des Przegląd Wszechpolski:

Eine Geschichte der Dombrowskischen Regionen,

die bekanntlich in der Geschichte Napoleons I. eine Rolle spielten, bietet der Przegląd Wszechpolski, und er zieht daraus folgende Nutzenanwendung für die Gegenwart:

„Wir geben diese zum Theil wohl bekannten, zum Theil breiteren Kreisen unbekannten historischen Thatfachen an, um nachzuweisen, daß wir in nicht zu ferner Vergangenheit ein Experiment hatten, welches für die Gegenwart und Zukunft einen großen, nicht gehörig gewürdigten Werth besitzt, so wie zur Charakterisirung der revolutionären und zugleich realen national-polnischen Politik, deren eigentlicher Schöpfer Dombrowski gewesen ist. Ihn hatte ohne Zweifel Napoleon im Sinn, als er sagte, die Polen seien bereit, sich sogar mit dem Teufel zu verbinden und alle Nachbarhäuser anzuzünden, um das eigene zu retten. Seinen politischen Gedanken erbten die Emigranten vom Jahre 1831 und sie suchten ihn zu erweitern. Sie schufen in der Fremde nicht nur eine politische und militärische, sondern auch eine in alle Gebiete des öffentlichen Lebens der Nation einschneidende Organisation, welche zwar für die Sache der Unabhängigkeit Polens nichts Reelles zu vollbringen vermochte, aber doch zur nationalen Wiedergeburt viel beigetragen hat.

In der Thätigkeit Dombrowskis trat aufs Klarste der politische Gedanke zu Tage, welcher den Kern eines wahren Patriotismus bildet und den der alte römische Grundsatz zum Ausdruck bringt „Salus rei publicae suprema lex“ und welchen der Engländer von heut bekennt, wenn er sagt: „Right or wrong my country,“ das Vaterland vor Allem und über Alles, seine Interessen, seine Ganzheit und seine Unabhängigkeit. Und dieser exkludirende, aber grade wegen dieser Exklusivität lebende und kräftige Grundsatz wird wiederum die Seele des derzeitigen polni-

ischen Patriotismus. Und für dieses exklusive Denken an Polen, für diesen Patriotismus, der keinen Moment des Zweifels noch der Verzweiflung kennt, der stets lebendig, stets treu, stets thätig ist, hat das Nationallied mit Recht den Namen Dombrowskis, keines anderen, größeren und berühmteren als er ist, verewigt in den einfachen Worten des Soldatenmarsches, der den Hauptpunkt unseres Glaubens wiedergiebt, in den Worten: „Noch ist Polen nicht verloren, so lange wir leben.“ Wir finden in diesem Liede, der Schöpfung eines bekannten Staatsmannes, die einfache und klare Formel für den politischen Wegweiser in Sachen der Unabhängigkeit Polens: „Was uns fremde Gewalt entrisen hat, werden wir mit Gewalt zurückholen!“ Diese unsere Worte enthalten die Quintessenz aller Bestrebungen unserer aktiven Politik.

„Der Glaube an die künftige Unabhängigkeit des Vaterlandes steckt tief auf dem Boden einer jeden polnischen Seele,“ sagt ein Publizist, der seine Worte genau auf die Waagschale legt. Ein eifriger Bekenner des Programmes einer ausschließlich legalen nationalen Thätigkeit. Dieser Glaube, daß Polen unabhängig sein muß und werden wird, besteht bewußt oder unbewußt versteckt in allen unseren politischen Programmen, selbst die versöhnungsparteiischen nicht ausgenommen. Hätten wir diesen Glauben und diese Hoffnung nicht, so würden wir bald aufhören, Polen zu sein.

Wir haben schon wiederholt nachgewiesen, daß die Unabhängigkeit Polens für uns alle ein durchaus notwendiges Postulat unserer nationalen Existenz ist, nicht nur ein Glaubensartikel, der keiner Begründung bedarf, sondern das logische Ergebnis eines angeborenen Rechts, aufgefaßt in seiner derzeitigen realen Bedeutung. Die Unterschiede bestehen darin, daß die Einen jenes Ziel der politischen Thätigkeit in nebelhafter Ferne sehen, während es die Anderen in der nahen absehbaren Zukunft erblicken.

Die Einen streben unmittelbar danach, die Anderen mittelbar. Aber weder die einen noch die anderen geben sich gewöhnlich Rechenschaft darüber, auf welche Weise dieses Endziel unserer nationalen Politik erreicht werden kann. Selbst diejenigen, welche absolut unnötig bei jeder Gelegenheit über die künftige Unabhängigkeit Polens sprechen, unteruchen die Fragen: „Cur? Quando? Quo modo? Quibus auxiliis?“ nicht.

Die Einen erwarten diese Unabhängigkeit von dem Triumph der sozialistischen Grundsätze in Europa; die Anderen von dem Triumph der ethischen Grundsätze, andere von einer besonderen Gestaltung der internationalen Grundsätze, andere von einem großen allgemeinen Kriege, andere endlich erwarten wohl gar ein Wunder, so viel aus ihren Worten zu schließen ist; ein unmittelbares Eingreifen der Vorsehung. Aber auf welche Weise dieses Wiedergewinnen der Unabhängigkeit erfolgen wird, das überlegen wir uns fast nie. Aber gerade darüber muß nachgedacht werden, obgleich man nicht immer laut davon sprechen soll. Auch heute würden wir in dieser Angelegenheit nicht das Wort ergriffen haben, wenn wir davon überzeugt wären, daß das Schweigen hierüber das Resultat eines wohlwollenden politischen Wankhaltens sei. Leider ist es nur das Resultat eines Mangels einer bestimmten Meinung, des Mangels an klarem Denken.

Wir haben mehrfach hervorgehoben, daß unterjochte Nationen nur mit Blut und Eisen die Unabhängigkeit wiedergewinnen. Die Geschichte bietet uns keine anderen Beispiele, die gesunde Vernunft weist uns keine anderen Wege. Selbst der Triumph der Gerechtigkeit und Humanität wird nicht vom Himmel fallen, nicht aus den Herzen und Köpfen der Menschen herauspringen, sondern er muß mit Blut und Eisen vollzogen werden. Außer Aufstand und Krieg

unter Mitbetheiligung diplomatischer Bemühungen ist die Unabhängigkeit auf keine andere Weise wiederzugewinnen.

Der sehr zweifelhafte oder sehr fernliegende Triumph der sozialistischen Idee oder der wahrhaft christlichen Ethik ist nicht abzuwarten. Nun ist die Wiedergewinnung der Unabhängigkeit Polens wenigstens auf einem gewissen Theile seines historischen Territoriums auch zu erwarten im Falle eines Krieges zwischen den Theilungsmächten unter Betheiligung anderer. Ist dieser Krieg in naher Zukunft wahrscheinlich? Kein praktischer Politiker wird entschieden mit ja oder nein antworten. Der unmittelbaren Betheiligung an den internationalen Angelegenheiten beraubt, traktiren wir sie in theoretisch-doktrinärer Weise, eher vom historischen als politischen Gesichtspunkt aus. Diplomatische Kombinationen, die Gestaltungen der internationalen Beziehungen, Bündnisse, tatsächliche oder eingebildete Gemeinschaft oder Gegensätze der nationalen Interessen betrachten wir als Sachen von Dauer, die unwandelbaren Gesetzen unterliegen, während sie in Wirklichkeit sehr schwankend und veränderlich sind, ja sogar, wenn sie von Dauer sind, keinen entscheidenden Einfluß auf die bewaffneten Konflikte zwischen Staaten und Nationen ausüben.

Das Gebiet der internationalen Politik breitet sich in letzter Zeit immer mehr aus; es umfaßt eine immer größere Zahl von verschiedenartigen und widerstreitenden Interessen; es wird in immer höherem Grade von unvorhergesehenen unberechenbaren Faktoren abhängig. Irgend ein unverhoffter Sturm nicht nur auf der Balkan-Halbinsel, sondern in China, Afrika, Afghanistan oder in einem anderen, faum dem Namen nach bekannten Lande kann in der Folge die internationalen Verhältnisse derart verwirren, daß er nicht allein einen, sondern eine ganze Reihe von Kriegen hervorruft, die mittel- oder unmittelbar unsere Sache betreffen. Die neue Theorie von Mewes über das periodische Wiederkehren von Kriegs- und Friedensepochen ist wahrscheinlich nur ein miziger pseudo-wissenschaftlicher Einfall, aber seine Voraussetzung, daß sich eine Periode großer Kriege näherte, hat eine erste Grundlage eben in dieser Ausdehnung des Gebietes der internationalen Politik und in der wachsenden Verwicklung ihrer Aufgaben. Möglich, daß weder wir, noch unsere Kinder einen solchen Krieg erleben werden, an welchem die polnische Nation aktiv theilnehmen muß; aber auch das ist möglich, daß ein solcher Krieg uns heute oder morgen unvorbereitet überrascht. Wir haben doch gegenwärtig nicht einmal solche diplomatische Beziehungen, noch solche militärischen Cadres, wie diejenigen waren, über welche das polnische Emigrantenthum während des Krimkrieges verfügte, welche es jedoch nicht zu gebrauchen wußte. Wir haben nicht allein keine Cadres, sondern wir haben nicht einmal ein Reglement für die verschiedenen Waffen, welches den heutigen Erfordernissen der Kriegskunst entspräche, wir haben nicht einmal ein diesen Erfordernissen angepaßtes Kommando, geschweige denn Instruktoren. Als vor einigen Jahren ein Krieg zwischen Oesterreich und Rußland auszubrechen drohte, wurde der Gedanke aufgeworfen, in Galizien polnische Cadres in Gestalt von Franktireurs-Kompagnien zu bilden. Aber die hiesigen weisen Politiker betrachteten dies, obgleich die militärischen Kreise sich dem Projekt gegenüber keineswegs ablehnend verhielten, als überflüssig, indem sie behaupteten, daß die galizischen Regimenter die Cadres liefern würden, das Menschenmaterial aber die Uralauber und Reservisten des russischen Militärs im Königreich. Neugierig sind wir nur, welches Kommando in diesen Truppentheilen angewandt worden wäre, das deutsche, das russische oder vielleicht ein gemischtes.

Wir rühmen uns mit Recht, daß trotz der Theilungen und trotz der politischen Knechtschaft sich das innere Leben unserer Nation üppig entwickelte; mit noch mehr Recht rühmen wir uns dessen, daß wir, wo es irgend möglich war, eine offene, im russischen Landestheile aber eine geheime Organisation aller Gebiete des nationalen Lebens geschaffen haben, welche den feindlichen Attentaten der staatlichen Organisationen der Theilungsmächte auf unsere Existenz und unsere Sonderstellung entgegenwirken. In diesem Streben nach selbstständiger Organisation des nationalen Lebens machen wir ohne Zweifel Fortschritte. Aber wir vernachlässigten das für eine unterjochte, die Wiedergewinnung ihrer Unabhängigkeit anstrebende Nation wichtigste Gebiet, die militärische Organisation ihrer aktiven Kräfte. Wir sind unseren Vorfahren aus der Epoche des vierjährigen Landtags ähnlich. Sie gestalteten die staatlichen Organisationen, vollzogen große soziale Reformen, weckten das geistige Leben und begründeten in der That die Grundlagen für die künftige Wiedergeburt der Nation. Aber bei dieser so wichtigen, lebhaften Thätigkeit versäumten sie das Dringlichste, die Organisation einer entsprechenden bewaffneten Macht, welche die Unabhängigkeit der Nation erfolgreich zu vertheidigen im Stande gewesen wäre.

Wir haben heute keine großen Reformatoren, aber unsere geistige, soziale und politische Thätigkeit ist vielleicht ebenso lebhaft, und vielleicht ebenso fruchtbar an Folgen für die Zukunft. Wir haben eine That vollbracht, die sich erst die Reformatoren des XVIII. Jahrhunderts vorgezeichnet, wir haben für die nationale Sache das polnische Volk gewonnen, wir haben in sozialer und politischer Beziehung auf dem ganzen Gebiet der polnischen Lande die bisher schlafenden Massen geweckt, wir sind ohne Zweifel eine lebende Volksgesamtheit, die ihrer Sonderstellung sich bewußt ist, in der Zivilisation fortschreitet und an Kraft wächst. Doch steht zu befürchten, daß wir, wenn der geeignete Augenblick kommen wird, um diese Resultate einer langjährigen opferwilligen Thätigkeit zu realisiren, nicht werden davon Gebrauch machen können, weil uns die Kraft dazu fehlen wird, das mit Gewalt wiederzuholen, was uns fremde Gewalt genommen hat. Man sagt, wir sollten uns nur auf die eigenen Kräfte verlassen. Aber das schließt keineswegs ein Benutzen der von unseren Willen unabhängigen Ereignisse aus, im Gegentheil, es bezeichnet gerade die Fähigkeit, sie im entsprechenden Augenblick zu unseren Nutzen auszunutzen. Darum eben handelt es sich, daß wir weder in diplomatischen noch militärischen Angelegenheiten uns heute auf unsere eigenen Kräfte verlassen können, da wir keine haben, obgleich wir sie haben sollten.

Zur Beruhigung Furchtsamer können wir hinzufügen, daß wir kein aktives Auftreten in der nächsten Zukunft im Sinne haben, daß wir keine internationalen Konflikte erhoffen, in denen ein solches Auftreten erforderlich wäre. Doch eben darum, weil wir Zeit vor uns haben, sollten wir an die Organisation der waffenfähigen Kräfte der Nation denken, damit wir den Kampf für die Auferstehung nicht ver-schlafen noch überhören.

Der politische Instinkt des polnischen Volkes in dieser Angelegenheit, ist eine Erscheinung, welche Beachtung verdient. Als der Krieg in Südafrika ausbrach, da fand sich nicht allein im Königreich, sondern auch in Galizien eine ganze Anzahl von kriegslustigen Freiwilligen, und unter dem Volke zirkulirte hier und da das Gerücht, daß polnische Regimenter gebildet werden würden. Wir erhielten sogar einige Briefe mit Fragen und Bitten um Auskunft. Beim englischen Konsulat in Warschau und angeblich auch bei der Gesandtschaft in Wien meldeten sich Freiwillige; denn obgleich die Intelligenz und die Mehrheit der Presse mit den Buren sympa-

thisirte, erklärten sich die Freiwilligen überwiegend für England. In dem amerikanischen Feldzuge gegen Kuba nahmen die Polen zahlreich und mit Ehren Theil, und das Wislonskische Ulanenregiment, dessen verwegene Attaque auf die künstlich verstärkten Positionen des spanischen Fußvolks einer der entscheidenden Momente in den Kämpfen bei St. Jago war, setzte sich überwiegend aus Polen zusammen, wie die in den Blättern veröffentlichte Liste der Namen der Gefallenen beweist.

Der Gedanke, eine bewaffnete polnische Macht zu schaffen, sei es in Gestalt von Legionen, oder sei es auch nur von kleinen, aber ständigen Cadres, oder auch einer anderen vorbereitenden Organisation, gehört unserer Meinung nach zu den wichtigsten Aufgaben der nationalen Politik in der nahen Zukunft und sollte in der unabhängigen polnischen Presse allseitig erörtert werden. Deshalb veröffentlichen wir heute ein in dieser Sache uns aus Warschau zugegangenes Schreiben, obgleich wir mit dem Verfasser in einigen wichtigen Punkten nicht einverstanden sind und obgleich wir der Ansicht sind, daß das Projekt in seiner gegenwärtigen Form nicht ausführbar ist. Uebrigens bietet es ja der Verfasser nur als Material zur Diskussion. Und dieser Diskussion, obgleich sie peinlich ist und vielleicht als gefährlich angesehen werden kann, wollen wir mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Sache nicht aus dem Wege gehen. Vigilantibus non modo jura, sed etiam facta prosunt. Wenn uns nur diese Fakten nicht unvermuthet überraschen, wenn sie uns nur nicht unvorbereitet für die That trafen, für welche unsere gesammte Thätigkeit nur die bewußte oder unbewußte Vorbereitung ist!

Vivos voco!

Haben wir das Recht, der Hoffnung auf Unabhängigkeit zu entsagen, und wie dies die Verödnungsparteiler thun, die von den Vätern ererbte Hinterlassenschaft für ein Virengericht zu verkaufen? Haben wir das Recht, die berühmten Seiten unserer Geschichte zu durchstreichen, die unerhörte, vor hundert Jahren an unserm Vaterlande verübte Gewaltthat anzuerkennen, auf den uns in der Reihe der europäischen Völker gebührenden Platz zu verzichten? Haben wir das Recht der heldenhafte Anstrengungen der letzten vier Generationen, des Meeres an Blut und Thränen zu vergessen, das für die Idee der Unabhängigkeit im letzten Jahrhundert vergossen worden ist? Können wir über die Zukunft der folgenden Generationen Verfügung treffen und in deren Namen mit dem Feinde Traktate abschließen? Gehört doch die Zukunft nicht uns, sind wir doch nur Gäste auf dieser Welt und berechtigt uns doch nichts, mit den Rechten der gesammten Nation schwacher zu treiben. Achten wir darauf, daß uns für den an der nationalen Sache verübten Verrath nicht die Geschichte richte, daß unsere Enkel uns nicht als „feile Leute“ bezeichnen! Haben wir das Recht, so vielen Flecken auf den letzten Seiten unserer Geschichte den neuen Fleck des Abtrünnigwerdens hinzuzufügen? Nein, tausendmal nein! So kann ein erbärmliches, durch Knechtschaft moralisch gesunkenes Völkchen handeln, aber nicht eine Nation, die in ihrer Geschichte solche Seiten zu verzeichnen hat, wie das Hundsfeld, Tannenberg, Wien, eine Nation, die im Laufe von neun Jahrhunderten die Standarte des Glaubens hochgehalten, Europa vor der Mongolenfluth geschützt, dessen Schutz und Schirm gewesen ist, eine solche Nation kann so nicht handeln. Haben dafür vier Generationen ihr Blut in sechs Aufständen vergossen, damit die fünfte auf ihre Rechte verzichte?

Nein, auf diese letzte Idee zu verzichten, haben wir kein Recht, wir haben kein Recht, wir haben selbst nicht die Möglichkeit hierzu; denn sie hat unser Blut befeuchtet, denn wir haben sie mit der Muttermilch eingesogen, denn die Mamen unsrer,

in den Kämpfen für diese Idee gefallenen Väter und Großväter rufen uns drohend zu: „Vorwärts! Weshalb bleibt Ihr auf dem halben Wege stehen? Beendet unser Werk, denn der Fluch der künftigen Generationen wird auf Euch lasten!“

Was ist also zu thun? Welcher Weg ist zu wählen, um zum Ziele zu gelangen? Ist das nur ein Phantasiebild oder ist es ein realisirbarer Traum? Der Feind wächst unausgesetzt an Macht und Kraft, sechs Millionen Bajonette hängen über unsern Nacken, Europa's Völker drängen in fieberhafter Eile vorwärts, und wir bleiben stille stehn. Nein, wir gehen sogar rückwärts, die Kräfte schmelzen zusammen, wie das Eis in der Sonne. Im Westen verdrängt uns die Ansiedelungskommission allmählich vom Boden und sie drängt uns, eine Hütte nach der andern wegreisend, allmählich, aber unerbittlich immer weiter dem Osten zu. Und im Osten? Im Osten entreißen uns das Verbot des Landerwerbs und andere Ausnahmegesetze die letzten, aus den historischen Stürmen geretteten Reste des Vatertheils und treiben uns ebenso allmählich, ebenso unerbittlich dem Westen zu. Was ist zu thun? Wo Rettung zu suchen? Die in einen eisernen Keisen geschmiedete 20 Millionen starke Nation geht rathlos zu Grunde unter dem Messer der Henker und sendet, sich in immer engeren Grenzen windend, alljährlich 100 000 seiner Söhne ins Mißgeschick, auf die Wanderung, ins Verderben! Immer enger, immer schwüler und gräßlicher wird es! Von nirgends her Rettung! Niemand hört unsere Stimme! Die letzten Hoffnungen sind wie Rauch verweht, wie Morgennebel in den Sonnenstrahlen. Auf allen Befundigungen polnischen Lebens lastet brutal die preußische oder moskowitische Faust! Man müßte die Feder in Blut und Galle tauchen, um alle die großen und kleinen Kränkungen zu schildern, die uns unsere Busenfreunde unausgesetzt zufügen, ganze Bände könnte man mit diesen Schilderungen füllen. Wer ist im Stande, alle Tropfen polnischen Bluts zu zählen, die im verflossenen Jahrhundert vergossen wurden, alle Thränen unserer Kinder, die gezwungen sind, sich alles Wissen mit gräßlichem Mühen in einer fremden Sprache anzueignen, wer ist endlich im Stande, die ganze ungeheure Wucht unseres Ungemachs, das Uebermaß an Bedrückung und Leiden zu ermessen? Werfen wir einen Blick hinter uns, suchen wir ein Beispiel in der Geschichte, vielleicht gewahren wir ein Rettungsmittel. Gelang es doch unserm Staat eine Reihe von Jahren nach seinem Fall seine unabhängige Existenz, wenn nicht völlig, so doch wenigstens zum Theil wiederzugewinnen; wäre nicht ein neuer geschichtlicher Sturm einhergebraust, er bestünde bisher, wiedergeboren aus der Asche, hochgeschossen und gekräftigt! Ist doch fast ein halbes Jahrhundert nach dem Fall Polens vergangen, ehe die polnische Armee zu existiren aufhörte! Begann doch erst nach ihrer Beseitigung der Feind, sicher gemacht in Folge unserer Disziplinlosigkeit, an uns so keck und frech seinen Grimm auszulassen!

Kurz, auch jetzt bedürfen wir einer Armee, jetzt am Vorabende großer Umwälzungen und Kriege, damit wir im entscheidenden Augenblicke unser Recht fordern könnten, damit unsere Stimme ins Gewicht falle, damit wir die brutale Kraft mit Kraft zurückweisen könnten. Ja, wenn wir gegenwärtig eine stehende Armee von wenn auch nur 100 000 Mann haben könnten, so müßte der Feind mit uns rechnen, er müßte, nolens volens die polenfresserischen Triebe zähmen, denn diese Armee könnte im entsprechenden Augenblicke der Keim und Kern eines Aufstandes der

gesamnten Nation werden. Leider haben wir zu sehr mit Gut und Blut gewirthschaftet, sodaß wir jetzt damit keinen solchen Luxus treiben können. Wir sind zu arm, um alljährlich einige Duzend Millionen ausgeben zu können.

Doch wenn wir auch materiell arm sind, so besitzen wir doch, Gott sei Dank, noch einen ansehnlichen Vorrath an moralischen Kräften. Und in den jetzigen Zeiten des kaufmännischen Verkehrs könnte man sogar Heldenthum, die Liebe zum Lande, alle edlen Empfindungen, ja sogar sein Blut in baares Geld umsetzen.

Da wir kein Geld haben, können wir mit Blut die Unterhaltung und das Ausgerathen der uns erforderlichen Armee bezahlen. Auf der ganzen Welt besteht nur ein Staat, der polnische Legionen in seine Dienste nehmen kann und wollen wird, da er Militär braucht, da er ein zweites solches Militär, wie unsere Legionen sein werden, nicht finden wird. Braucht man es erst zu sagen, daß dieser Staat England ist, das nach Beendigung des Burenkrieges durch die traurige Erfahrung belehrt, beginnen wird, sein Heer zu reformiren und zu verstärken, um das wachsende Imperium vor der Habgier der europäischen Nachbarn zu schützen. Sollte sich im Schoße unserer Volksgesamtheit niemand finden, niemand, der die Kraft und Kühnheit besäße, seine Stirn mit dem Ruhme Dombrowski's zu krönen?

Ich werfe nur den Gedanken auf und überlasse die Erwägung aller pro und contra dem Urtheil der Volksgesamtheit, welche, scheint mir, für die Tragweite der berührten Frage Verständniß haben sollte. Doch muß ich bemerken, daß, was das Wichtigste ist, das internationale Recht uns nicht hindernd im Wege steht; denn wenn Frankreich eine sogenannte „Fremdenlegion“ besitzt, weshalb sollte England eine solche nicht schaffen? Daß wir aber Leute haben, die für Geld als Freiwillige Kriegsdienste zu nehmen willens sind, beweist der Umstand, daß sich während des letzten Krieges bei den Behörden im Königreich mehrfach Bauern mit der Bitte meldeten, man solle ihnen „Pässe für den Krieg“ geben. Und was die intelligenteren Schichten der Gesamtheit betrifft, so ist an ihrem guten Willen doch kaum zu zweifeln. Auch die Kräfte in der Heimath werden dadurch nicht erschöpft werden, da man in erster Linie zu jenem Zwecke unsere Emigranten verwenden kann, deren riesige Mehrheit für die Nation auf Nimmerwiederkehr verloren wäre. Unser Emigrantenthum ist eine elementare Kraft, mit der man rechnen muß. Wäre es nicht besser, wenn man, statt daß sich jene Kräfte auf beiden Halbkugeln zerstreuen, sie auf einen Punkt sammelte, diese ungebildeten Massen während der militärischen Dienstleistung aufklärte und konsolidirte und damit der Nation wackere, energische, an Disziplin und Organisation gewöhnte Bürger zuführte? Wer wird uns jenseits des Meeres wehren, unsere Bauernjungen zu Personen heranzubilden, die ihrer Pflichten sich bewußt sind, wer wird uns hindern, in ihnen die Seele und das Herz zu wecken? Daß aber etwas polnisches Blut für eine fremde Sache fließen wird, ist nicht zu vermeiden. Mit etwas muß gezahlt werden, — und Geld haben wir nicht.

S. M.

Aus Nr. 166 der Nowa Reforma
vom 24. Juli 1900:

Ueber die deutsche Chinaexpedition und die Theilnahme polnischer Soldaten an dieser

äußert sich die Nowa Reforma u. A. wie folgt:

Die deutsche Expedition nach China setzt sich aus Freiwilligen zusammen; den polnischen Soldaten steht es frei, an dieser theilzunehmen oder nicht. Der polnischen Presse ist daher auch erlaubt, in dieser Angelegenheit nicht den deutschen, sondern einen national-polnischen Standpunkt einzunehmen. Die Chinafrage stellt sich für die Polen vollkommen gleichgültig dar, und die Polen haben gar keine Veranlassung, ihr Blut bei den abenteuerlichen deutschen Unternehmungen im asiatischen Osten zu vergießen. Man kann es den polnischen Tagesblättern deshalb nicht verargen, daß sie den polnischen Soldaten zu reden, sie möchten lieber zuhause bleiben.

Der Appell der deutschen Presse an das patriotische Gefühl der Polen dem Deutschen Reiche gegenüber klingt etwas cynisch. Erfahren doch die Polen in Preußen nur Bedrückung und Verfolgungen, werden sie doch als Bürger untergeordneter Kategorie und als nicht gleichberechtigt behandelt — wie kann man dann von ihnen nur verlangen, daß sie mehr Anhänglichkeit an das Deutsche Reich zeigen, als das Gezeß von ihnen fordert, und daß sie freiwillige Opfer im Interesse dieses Staats bringen. Die Polen sind mit China weder durch Handels- noch durch industrielle Interessen verknüpft, es ist also merkwürdig, wenn man ihnen die Pflicht zumuthet, ihr Blut für die Handels- und Kolonialunternehmungen Deutschlands zu vergießen. Der Standpunkt der Posener Presse ist in dieser Angelegenheit vollkommen richtig, und gleichzeitig nach jeder Richtung hin loyal, denn selbst der Drendownit, welcher die polnischen Soldaten auffordert, an der Expedition nach China nicht theilzunehmen, schreibt gleichzeitig, sie möchten die ihnen vorgeschriebene Zeit im Militärdienst ausharren und in ihrer Garnison ihre Pflichten dem Könige und preußischen Staate gegenüber erfüllen.

Wenn das Berliner Tageblatt befürchtet, daß diese Stellungnahme der Presse im Posenschen den Polen den Vorwurf zuziehen kann, daß man diese nie zu einer deutschen Gesinnung erziehen könnte, so fürchten unsere polnischen Landsleute im preußischen Antheil diesen Vorwurf sicherlich nicht. Es ist das vielmehr für sie nur ein Lob, wenn unter den Deutschen die Ueberzeugung herrscht, daß ein Pole niemals aufhört Pole zu sein und sich nie in einen Deutschen umwandeln läßt. Die Polen können ihre Pflichten dem preußischen Staate gegenüber erfüllen, aber sie werden niemals „polnisch sprechende Preußen“ werden, sondern sie sind und werden Polen bleiben, welche durch ihre Sprache, ihre Sitten und ihren Geist mit der ganzen polnischen Nation eng verbunden sind, mit deren historischer Vergangenheit und deren derzeitigen Bestrebungen.

Aus Nr. 207 des Dziennik Polski
vom 28. Juli 1900:

Ein neuer Schlag Seitens der Kreuzritter.

Lemberg, den 27. Juli 1900.

Das Maaß der kreuzritterlichen Ungerechtigkeiten wird fürwahr voll.

Der Geist des Satans Bismarck triumphirt gewiß, daß seine Ausrottungspolitik gegen die Polen

im Großherzogthum sich entwickelt, blüht und so giftige Früchte trägt, wie diese lange Reihe von antipolnischen Anordnungen seit seinem Tode. Die Krone setzt diesem Allen aber der Ukas auf, dessen sich weder Alexander III. hätte zu schämen brauchen, welcher von Haß gegen das Polenthum und den Katholizismus glühte, noch die Schaar seiner gewissenlosen Häscher im Königreich Polen und in Litauen. Der Verfasser des erwähnten Ukas ist der sich erst kurze Zeit im Amte befindliche Minister des preussischen Kultus, Herr Studt, und er hat ihn — was die halbamtliche Posener Zeitung hervorhebt — unter dem Eindruck seiner Konferenzen mit den Landrathen der Posener und Bromberger Regierung z. B. seiner letzten Reise nach dem Großherzogthum losgelassen. Sein Inhalt ist kurz, aber mörderisch für unsere Landsleute, wie der vergiftete Stahl eines fanatischen chinesischen Boxers. Der katholische Religionsunterricht in polnischer Sprache auf der Mittel- und Oberstufe aller städtischen Schulen in Posen soll aufhören, und ebenso wird der polnische Sprach- und Leseunterricht beseitigt, welcher bisher in einem zweijährigen Kursus fakultativ erteilt worden ist.

Wenn wir dieses drakonische Verdrängen der Muttersprache aus der Schule, dieses mittelbare Untergraben des Religionsunterrichts für die polnischen Kinder dadurch, daß man sie zwingt, die Lehren und Worte des Geistlichen in der feindlichen deutschen Sprache zu hören, dem ganzen Unternehmen der Ansiedelungskommission gegenüberstellen, sehen wir klar, daß die preussische Regierung mit eiserner Ausdauer und systematisch Schritt für Schritt und mit immer größerer Verbissenheit auf die drei einer jeden Nation theuersten Schätze losgeht, nämlich auf die Religion, die Sprache und den heimathlichen Grund und Boden. Wenn sie unsere Landsleute mit Feuer und Schwert ausrotten könnten, wie es die englischen und spanischen Kulturträger mit der rothhäutigen Indianern in den Urwäldern und Prärien von Amerika gethan haben, würden sie sicher vor den schrecklichsten Martern nicht zurückschrecken um die polnische Nation auf ihrer Stammerde vollständig auszurotten. Aber in Europa geht es — wenigstens in Friedenszeiten — nicht an, Wehrlose zu morden, demnach wirft sich unter dem Deckmantel allgemeiner Staatsinteressen das vor Haß blinde Preußenthum auf die geistigen Schätze einer unglücklichen, durch Uebermacht unterjochten Nation, und sucht diese Schätze mit räuberischer Hand zu entreißen.

Schreckliche, ungeheuerliche Zeiten und Lebensbedingungen entstehen für Großpolen, hundertmal gräßlicher, als alle Repressalien der russischen Satrapen. Denn dort hat wenigstens die Bestechlichkeit, welche in der Armee der russischen Beamten tiefe Wurzeln gefaßt hat, die Schneide der grausamen Ukase von der bedrückten Gesamtheit zum Theil abgewandt oder abgestumpft. Hier aber wird das preussische Beamtenthum mit aller raffinirten Finesse und Wollust um die Wette danach streben, in skrupulöser Weise den Willen der Regierung auszuführen.

Wird diese kreuzritterliche Satrapie einmal ein Ende finden?

Verzweiflung umfaßt die Seele und Thränen verschleiern einem die Augen, wenn man an die schwere, verzweifelte Lage unseres braven, das Vaterland und den heiligen Glauben so treulich liebenden und doch so unglücklichen Volkes im preussischen Antheil denkt! Es bleibt nur übrig, den Blick nach dem Himmel zu richten und gleichzeitig mit dem Posener Blatt (Kurjer Poznanski) auszurufen: „Vertrauen wir auf Gott, er wird uns nicht verlassen!“

Aus Nr. 203 des Dziennik Polski
vom 24. Juli 1900:

Eine preußische Apuchtinade.

Lemberg, den 23. Juli 1900.

Der preußische Hafatismus ruht nicht einen Augenblick, um immer neue Mittel der Bedrückung, von Gewaltthätigkeiten und Ungesetzhaltungen gegen die polnische Gesamtheit zu entdecken. Den Reigen — kann man sagen — führt hierbei die Bromberger Regierung an, welche jetzt ihre räuberischen Fänge sogar in das Innere der katholischen Kirche, beziehungsweise in die Kirchen- und Schulverhältnisse einschlägt. Hiervon zeugte der neueste Erlass jener kreuzritterlichen „Apuchtins“, welcher an alle Kreisschulinspektionen im Regierungsbezirk Bromberg ergangen ist.

(Es folgt hierauf eine Besprechung des Erlasses.)

Der Dziennik Polski fährt alsdann fort:

Wie tief und schmerzlich der erwähnte Akt die

Empfindungen der polnisch-katholischen Bevölkerung verletzt, und daß er hauptsächlich politische Tendenzen, welche gegen die Polen gerichtet sind, verfolgt, braucht wohl nicht erst hervorgehoben zu werden! Unwillkürlich denkt man hierbei an die Martergeschichte unserer Kirche und unserer Gesamtheit im Königreich Polen und in Litauen und unwillkürlich drängt sich einem der Gedanke auf, daß die Preußen uns gegenüber den Nowosilcows, Murawjews und Apuchtins nachzuahmen beginnen. Es fehlt nur noch ein Verbot, wonach die Polen im Posenschen Land nicht erwerben dürfen, was einige hafatistische Organe thatsächlich bereits zu fordern anfangen; es fehlen nur noch die Paschikanen und Verwaltungskräfte, und die ungeheuerlichen Verhältnisse unserer Brüder unter der russischen Krute spiegeln sich mit frappirender Ähnlichkeit unter dem konstitutionellen Scepter der Hohenzollern wieder. Langsam aber systematisch und mit verbissener preußischer Ausdauer strebt der Hafatismus nach diesem Ideal.